

NACHRICHTEN

ANALYSTEN ENTÄUSCHT

Deutsche Bank ächzt unter Altlasten



Muss ja: Deutschbanker Jürgen Fitschen (l.), Anshu Jain Foto: dpa

FRANKFURT | Milliarden schwere Verfehlungen aus den Boomzeiten der Finanzbranche machen der Deutschen Bank auch 2014 zu schaffen. Rechtsstreitigkeiten und ein schwaches Investmentbanking hatten sie im Schlussquartal 2013 in die roten Zahlen gedrückt. Im Gesamtjahr stand unterm Strich zwar ein Gewinn, dieser blieb mit 1,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 316 Mio. Euro) aber unter den Erwartungen von Analysten. Die Aktionäre sollen das fünfte Jahr in Folge eine Dividende von 75 Cent je Anteilsschein erhalten. Erst ab 2015 will die Bank wieder hohe Gewinne einfahren. (dpa)

DISCOUNTER

Lidl verkauft bald wieder Coca-Cola

NECKARSULM | Coca-Cola kehrt in die Lidl-Regale zurück. Der Discounter erklärte am Mittwoch, ab Anfang März werde der US-Klassiker wieder in allen Filialen erhältlich sein. Offen ließen sowohl Lidl als auch Coca-Cola, ob auch andere Produkte aus dem Angebot des Herstellers wie Fanta, Sprite oder Coca-Cola Zero wieder in die Läden des Discounters kommen. Lidl hatte die Getränke des US-Konzerns vor Kurzem aus den Regalen geworfen: Man habe sich „nicht auf ein gemeinsames Vermarktungskonzept“ einigen können. (dpa)

GRÜNE ENERGIEMINISTER

Für eng begrenzte Kraftwerkshilfen

DÜSSELDORF | Die sieben Energieminister der Grünen in den Bundesländern haben sich für eng begrenzte neue Hilfen für konventionelle Kraftwerke ausgesprochen. „Wir fordern einen starken Ausbau des Ökostroms und die Entwicklung eines eng begrenzten ökologischen Flexibilitätsmarkts für neue effiziente und dezentrale Kraftwerke“, sagte der Sprecher und NRW-Resortchef Johannes Remmel der Rheinischen Post. Die Gruppe stellt sich damit gegen weite Teile der SPD, die hohe neue Subventionen fordern. (dpa)

EU-ANBAUZULASSUNG

Gentech-Mais: Koalition weicht aus

BERLIN | Die Große Koalition drückt sich vor einem Bekenntnis für oder gegen die seit über zehn Jahren erste Anbauzulassung eines Gentech-Maises. Die CDU/CSU- und SPD-Mehrheit im Agrarausschuss des Bundestags lehnte am Mittwoch einen Antrag der Grünen zum Thema ab. Er verlangt von der Regierung, im Rat der EU-Staaten gegen den Mais 1507 zu stimmen. Wenn das Gremium bis 11. Februar nicht mit ausreichender Mehrheit sein Veto einlegt, will die EU-Kommission den Anbau der Pflanze erlauben. (jma)

ZAHLE DES TAGES

Das Kartell der Schaumstoffe

Die Exzesse des ungebändigten, zügellosen Kapitalismus haben nun auch die letzte Bastion der zum Aussterben verdammt Klasse der ehrbaren Kaufleute erreicht: die Schaumstoffindustrie. 114,1 Millionen Euro Bußgeld müssen die Unternehmen Vita, Carpenter, Recticel und Eurofoam wegen illegaler Preisabsprachen zahlen, teilte die EU mit. Der Schaumstoff findet sich in Matratzen, Sofas und Autositzen. Mitten unter uns. (taz)

114,1 Mio.

Nordseefische schrumpfen wegen Klimawandel

STUDIE Zu wenig Energie zum Wachsen oder Fortpflanzen. Hering, Scholle, Seezunge betroffen

BERLIN taz | Ihre Bestände leiden schon unter Überfischung und massiver Wasserverschmutzung. Jetzt kommt der Klimawandel dazu: Um bis zu 29 Prozent soll die Körpergröße der Nordseefische in den vergangenen 40 Jahren wegen steigender Temperaturen geschrumpft sein. Dies ist das Fazit eine Studie der schottischen University of Aberdeen.

Die in der Fachzeitschrift *Global Change Biology Journal* publizierte Untersuchung liefert nach Angaben der Forscher erstmals empirische Beweise für den Zusammenhang zwischen Schrumpfen der Fische und Erderwärmung. „Der Effekt der Erderwärmung auf die Fische ist viel extremer als angenommen“, resümiert Studienleiter Alan Baudron. Betroffen seien 80 Prozent der untersuchten Fische, darunter der beliebte Hering, die Scholle, die Seezunge und der existenzbedrohte Schellfisch.

Das wärmere Klima sei als Hauptgrund für das Schrumpfen der Tiere identifiziert worden, weil es der „einzig synchrone Faktor war, denen alle betroffenen Spezies ausgesetzt waren“, sagt Baudron. Andere Einflüsse kommen für ihn nicht infrage, da sich die Fressgewohnheiten und Lebensräume aller Arten komplett unterschieden.

Der Grund, warum die Fische schrumpfen: Je wärmer das Wasser, desto weniger Gas kann es aufnehmen. Der lebenswichtige Sauerstoff wird also unter Was-

ser immer knapper. Deshalb werde „mehr Energie gebraucht, um Sauerstoff aufzunehmen“, erläutert Meeresbiologe Rainer Geomar in Kiel. „Also bleibt weniger Energie zum Wachsen übrig.“ Da Fische schwankende Temperaturen nicht gut vertragen können, „reagieren viele Arten auf Temperaturanstieg mit Abwanderung in kältere Regionen“. Das Gleichgewicht zwischen den Arten werde so erheblich gestört: In kalten Regionen konkurrierten immer mehr Fische, während sie aus wärmeren Gebieten verschwinden. Baudron vermutet zudem, die Verkleinerung führe zu einer geringeren Fortpflanzungsfähigkeit.

Für die Fischereibranche ist das problematisch: In den vergangenen 50 Jahren sind die Erträge laut der Studie um etwa ein Viertel gesunken. Meeresspezialistin Iris Menn von Greenpeace warnt: „Fisch ist für rund eine Milliarde Menschen die einzige Proteinquelle.“ Da sich die Auswirkungen des Klimawandels zur massiven Überfischung addieren, seien die Meeresbewohner stärker gefährdet denn je. Die Quotensenkung im Rahmen der EU-Fischereireform ab 2015 könne nur bedingt helfen. Den Beständen werde zu wenig Zeit gegeben, sich zu erholen, warnt Menn. Wenn die globale Erwärmung nicht gestoppt werde, helfe die Reform den Fischen nur bedingt.

LENA SCHNEIDER

Spaniens Revisionismus

ATOM Das Land, einst Vorreiter für erneuerbare Energien, will die Laufzeiten seiner AKWs verlängern und Solarstrom verteuern. Zur Freude von zwei Großkonzernen

AUS MADRID REINER WANDLER

Spaniens konservative Regierung erwägt, die Laufzeiten der acht Atomkraftwerke des Landes von derzeit 40 Jahren auf bis zu 60 Jahre zu erhöhen. Das bestätigte der Präsident des Nationalen Unternehmens für Atomkraft, Francisco Gil-Ortega. Damit wäre eine Gegenreform im Energiesektor perfekt. Neue Anlagen für Wind- oder Solarstrom erhalten bereits seit Anfang 2012 keine Förderung mehr.

Die konservative Regierung unter Mariano Rajoy begründet diese Schritte mit ihrer „Wirtschaftlichkeit“ und der völligen Überschuldung des spanischen

Stromsystems. Obwohl die Preise seit Beginn der Wirtschaftskrise um über 60 Prozent gestiegen sind, ist das System nicht rentabel. Das liegt am Staat, der die Preise für Haushalte festlegt und selbst draufzahlt, wenn die Stromerzeugung mehr kostet. Über 26 Milliarden Euro Defizit sind so aufgelaufen. Politik und große Stromversorger machten die Erneuerbaren dafür verantwortlich. Allerdings ist trotz des Förderstopps das Defizit unaufhaltsam weiter gewachsen.

„Das spanische System ist völlig überproportioniert“, erklärt Javier García Brea von der Stiftung für Erneuerbare. In den Zeiten des Baubooms von Ende der

1990er bis 2007 stieg der Energiebedarf um 5 bis 6 Prozent jährlich. Ständig wurden neue Kraftwerke gebaut, nicht nur für Erneuerbare, auch Gaskraftwerke, für den Fall, dass es nicht genug Wind und Sonne gibt und die Stauseen austrocknen. Die sind allerdings nur zu 10 Prozent ausgelastet. Die Gaskraftwerke gehören, wie die AKWs, den beiden Großen, Iberdrola und Endesa.

„Spanisches System ist überproportioniert“

JAVIER GARCÍA BREVA, STIFTUNG FÜR ERNEUERBARE

Jetzt, in der Krise, geht der Verbrauch im siebten Jahr in Folge zurück. Ausbaden müssen das allein die erneuerbaren Energien. Bestehenden Anlagen wird nachträglich die bereits versprochene Vergütung gekürzt. Die Branche befürchtet Gewinnverluste von bis zu 40 Prozent. Viele der rund 55.000 Kleinanleger stehen vor dem Aus. Selbst wer seine eigene Energie produziert, soll künftig eine Gebühr entrichten, die den Strom vom Dach wieder teurer macht als den aus der Steckdose.

Die Betreiber der Gaskraftwerke erhalten dagegen für ihre Investition 20 Jahre lang einen Festpreis für ihre installierte Leistung – egal wie viel Strom sie produzieren. Allein 2013 schlug dies mit über 600 Millionen Euro zu Buche. Brea und die Verbände für Erneuerbarer Energien beschwerten sich seit Langem über die horrenden Gewinnspanne der großen Stromerzeuger. Die Laufzeitverlängerung der AKWs würde die Überproduktion aufrechterhalten und weitere Milliarden Gewinne in die Kassen der Betreiber Endesa und Iberdrola schwemmen.

„Alle Maßnahmen, die die Regierung ergreift, dienen nur der Sicherung der Gewinne der großen Stromversorger“, sagt Brea deshalb. Als Beweis wird nicht nur von Brea immer wieder gerne eine Rede von Gonzalo Sáenz de Miera, Vorstandsmitglied des spanischen Energieerzeugers Iberdrola, auf der Fachmesse Genera 2012 angeführt. Er schlug fast wortwörtlich das vor, was die Regierung jetzt umsetzt.



Dieses Idyll bleibt den Bewohnern von Guadalajara weitere 20 Jahre lang erhalten Foto: plainpicture

bewegung.taz.de

Was macht die Bewegung?

Freitag, 31. Januar

Freiburg | **Critical Mass** Gemeinsam Fahrrad fahren im Konvoi, macht auch im Winter Spaß, Start: 18 Uhr, Platz vor dem Stadttheater am Rotteckring

Berlin | **Digitalismus**

„Make it real! Erneuert Netzaktivismus unsere Demokratie?“, Vortrag und Diskussion, 18 Uhr, im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

Berlin | **Vereinnahmung**

„Partizipation – Von der Mitmachfalle bis zur Verdrängung“, kritische Diskussion über Bürgerbeteiligungsverfahren, um 19 Uhr, FAU Lokal, Lottumstr. 11

München | **Friedenskonferenz**

„Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg!“, Konferenz der Deutschen Friedensgesellschaft, Pax Christi und weiterer Initiativen, bis Sonntag: www.friedenskonferenz.info

Stuttgart | **Open Fair**

Konferenz: „Festung EU oder soziales Europa?“, bis Sonntag, mit Workshops, Podien, Theater und Musik, Programm: www.stuttgartopenfair.de

Samstag, 1. Februar

München | **Wehrkundetagung** „Kein Frieden mit der Nato!“, Demonstration gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz“, ehemals Wehrkundetagung genannt, 13 Uhr, Marienplatz

Bundesweit | **#IDP14**

„International Day of Privacy“, Proteste und Aktionen gegen die totale Überwachungsgesellschaft sind bisher in folgenden Städten geplant: Berlin – Bremen – Dresden – Erfurt – Freiburg – Hannover – Heidelberg – Köln – Leipzig – Leutkirch – Zwickau, weitere Informationen: www.bewegung.taz.de

Fiat sagt Ciao

AUTO Italien jubelte, als der Konzern den US-Konkurrenten Chrysler übernahm. Jetzt kehrt der Produzent des Panda seiner Heimat den Rücken zu. Die meisten seiner Fahrzeuge werden bereits anderswo gebaut

ROM taz | Fiat zieht um, raus aus Turin, raus aus Italien, hinaus in die große, weite Welt. Am Mittwoch beschloss der Verwaltungsrat den gleich dreifachen Abschied des einzigen italienischen Autobauers von seiner Heimat.

Der administrative Hauptsitz des Unternehmens soll künftig in Amsterdam angesiedelt sein, steuerlich wird Fiat in Großbritannien residieren, und die Aktien sollen künftig an der New Yorker Börse notieren, während Mailand der Trostpreis des „Zweithandelsplatzes“ bleibt.

Die Entscheidung, der ja immerhin im Firmenlogo unter dem vierten Buchstaben geführten Heimatstadt Turin nach

115 Jahren den Rücken zu kehren, lag in der Luft: Anfang Januar hatte die italienische Firma den US-Autobauer Chrysler komplett übernommen; damit entstand ein Konzern, der weltweit mit 4,4 Millionen produzierten Fahrzeugen auf Platz sieben der Automobilhersteller rangiert und der am Mittwoch auf den neuen Namen Fiat Chrysler Automobiles getauft wurde.

Ein globaler Konzern allerdings, in dem der Standort Italien zweitrangig geworden ist. Chrysler erwirtschaftete im Jahr 2013 satte Gewinne, Fiat dagegen etwa 900 Millionen Euro Verlust. In den italienischen Fabriken selbst werden nur noch gut

300.000 Fahrzeuge pro Jahr gefertigt; das Gros auch der Fiat-Autos wird mittlerweile in Polen, Serbien oder Brasilien zusammengeschaubt. Im Turiner Stammwerk Mirafiori, das in Glanzzeiten über 80.000 Menschen beschäftigte, werkeln heute nur noch 5.000 Arbeiter – meistens schoben sie in den letzten Jahren Kurzarbeit. Ähnlich sieht es an den anderen italienischen Standorten aus.

Entsprechend groß ist jetzt die Sorge unter italienischen Gewerkschaftern, dass das Licht in Turin völlig ausgeht. Doch Fiat-Chef Sergio Marchionne und sein Management wiegeln ab, als sei der Wegzug aus Turin nur ei-

ne Formsache. So heißt es, natürlich werde Fiat weiter in Italien Steuern zahlen. Italiens größte Tageszeitung, *Corriere della Sera*, Hauptaktionär: Fiat, behauptete gar, die Steuerzahlungen in Italien würden sich auf keinen Fall vermindern. Eben darum geht es aber beim Umzug nach London.

Auch die Öffnung des neuen Hauptverwaltungssitzes in Amsterdam für Fiat-Chrysler ändert angeblich nichts daran, dass in Turin vorerst das operative Hauptquartier für Fiat ebenso verbleibt, wie Chrysler von Detroit aus geführt wird. Doch eine Bestandsgarantie für die Zukunft Turins sprach Marchionne nicht aus.

MICHAEL BRAUN